

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1514

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1514



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Stiftung

August 2018

■ LILIENBERG ■
Unternehmerforum

22. Lilienberg Gedanken

Mit den alten Bündnissen zerbrechen auch die Gewissheiten

Die globale sicherheitspolitische Lage wird von grossen Unsicherheiten dominiert

«Das Weltgeschehen hat schon ruhigere Zeiten gesehen als die heutigen. Spiel und Gegenspiel von Mächten und Kräften dominieren die politische Bühne, ohne dass das Drehbuch einer übersichtlichen Ordnung folgen würde. Im Gegenteil werden Prognosen schwieriger, scheinbar vertraute Muster geraten ins Trudeln.»

*Dr. Hans-Dieter Vontobel im Vorwort zu
«Die neue Weltunordnung», Vontobel Schriftenreihe)*



Die Welt brennt: Die globale Lage bleibt äusserst besorgniserregend, denn in keinem der vielen Konfliktgebiete ist derzeit auch nur ansatzweise eine Entwicklung in Richtung Frieden festzustellen.

Zusammenfassung

Die drei bisherigen Lilienberg Gedanken zum Thema Sicherheitspolitik (Nr. 13 «Kriege und Konflikte an Europas Grenzen»; Nr. 16 «An Europas Rändern herrscht das Chaos – und bei uns ist Sicherheitspolitik kein Thema!»; Nr. 20 «Für eine Entwarnung besteht kein Anlass») wurden 2014, 2015 und 2017 veröffentlicht und zeichneten ein ziemlich düsteres Bild der globalen Lage.

Seit der letzten Publikation vor einem knappen Jahr hat sich die Situation in mehrerer Hinsicht verändert. Sie ist aber überhaupt nicht friedlicher oder entspannter geworden, sondern hat sich insgesamt gesehen sogar nochmals verschlechtert. Zwar sind keine neuen Kriege oder schwere Konflikte ausgebrochen, doch in keinem der bisherigen Konfliktgebiete ist derzeit eine Entwicklung in Richtung Frieden auszumachen.

Auf den bisherigen Kriegsschauplätzen wird nach wie vor ohne Rücksicht auf die Bevölkerung gekämpft. Und dort, wo die eigentlichen Kampfhandlungen beendet sind, herrscht ein derartiges Chaos, gepaart mit grösstem menschlichem Elend und schwerster gesellschaftlicher Zerrüttung, weshalb eine Befriedung dieser Regionen oder gar eine Aussöhnung zwischen den verschiedenen Parteien in absehbarer Zeit nicht vorstellbar sind. Diese Zustände führen dazu, dass sich weiterhin unzählige Menschen aus diversen Regionen aufmachen, um in Europa ihr Heil zu suchen. Und diese wiederum stellen die europäischen Staaten vor weit grössere Herausforderungen, als man ahnen oder auch nur schon zugeben wollte. Und just auch daraus erstarken die Rechtsparteien und ihre populistischen Politiker, welche Europa zunehmend prägen.

Was sich aber eindeutig beschleunigt hat, ist der Zerfall der traditionellen Weltordnung, vor allem des westlichen Bündnissystems und damit alter Gewissheiten und Sicherheiten. Hauptverursacher dieses Wandels in Richtung «neue Weltordnung» (wie der Titel der eingangs erwähnten Vontobel-Schrift lautet), ist der amerikanische Präsident Donald Trump, welcher seinen Wahlspruch «America first!» Schritt für Schritt umsetzt und dabei kräftig an allen Pfeilern der vertrauten Weltordnung rüttelt und damit die traditionellen Verbündeten vor den Kopf stösst. Hauptprofiteure dieser Entwicklung sind indessen vor allem die Volksrepublik China, sowie Russland, Iran und teilweise die Türkei.

Die USA werden zum Unsicherheitsfaktor

Auf Trumps Pöbelei und sein unsägliches Getwitter soll hier nicht eingegangen werden. Wirklich gravierend und höchst gefährlich sind jedoch die Signale der Unsicherheit und der Unzuverlässigkeit, die er in Richtung Europa und Nato aussendet. Man weiss nicht wirklich, was er von der Nato hält und wie er sich im Krisenfall verhalten wird. Glücklicherweise ist Trump im Bereich der Sicherheit und Streitkräfte noch von ein paar guten Beratern umgeben, welche

das Schlimmste verhindern. Doch auch diese halten es immer weniger mit ihrem Chef aus.

Was sich Trump nach seinem Treffen mit Wladimir Putin Mitte Juli in Helsinki an Aussagen geleistet hat, lässt sich kaum mehr überbieten. Vor allem seine Angriffe auf die eigenen Geheimdienste zeigen, dass er sich wirklich wie ein Agent Russlands aufführt oder zumindest wie jemand, der von Moskau erpresst wird. Der republikanische Senator John McCain sprach vom «schändlichsten Auftritt eines US-Präsidenten», den er in seiner langen Karriere je erlebt habe.

Mit seinem Verhalten spielt Trump den anderen Kräften, welche das jahrzehntelang so erfolgreiche westliche Bündnissystem spalten wollen, in die Hände. Dazu sind die hartnäckigen Spaltungsversuche Russlands zu zählen oder auch das Wegdriften von Erdogans Türkei. Aber letztlich tragen auch die Europäer das ihrige dazu bei. Aus verschiedenen Gründen investieren sie zum Beispiel viel zu wenig in ihre Verteidigung. In diesem Punkt hat Donald Trump in seiner Kritik an den Europäern Recht.

Die globale amerikanische Position ist aber – das muss man fairerweise sagen – schon von Präsident Obama deutlich geschwächt worden. Dass die USA im Nahen Osten sehr viel Terrain verloren haben und kaum mehr eine Rolle spielen, ist auf die Fehleinschätzungen und die Unentschlossenheit von Trumps Vorgänger zurückzuführen.

Für weitere grosse Unsicherheit und globale Unruhe sorgt Trump mit seinem Handelskrieg, den er gegen China – und teilweise gegen andere Staaten – eröffnet hat. Ganz nach dem Motto «America fist» möchte er die grossen Handelspartner für das gewaltige Handelsbilanzdefizit der USA strafen. Unter diesem Handelskrieg dürfte die ganze Weltwirtschaft leiden, da wegen der Globalisierung alle Staaten irgendwie miteinander vernetzt sind. Auch die Schweiz ist natürlich davon betroffen. Noch ist nicht absehbar, wie dieser Handelskrieg ausgehen wird.

Die von den unverbesserlichen Optimisten gehegte Hoffnung, dass Trump von den amerikanischen Institutionen – Kongress und Oberstes Gericht – dereinst schon in die Schranken gewiesen würde, hat sich bis jetzt nicht erfüllt und dürfte es auch nicht so rasch werden. So lange die Republikanische Mehrheit, und mit ihnen ihre schwerreichen Financiers, von Trumps Politik, namentlich den ungerechtfertigten und problematischen Steuersenkungen, profitiert, werden sie still halten. Ihre Widersacher, die Demokraten, leiden an Überalterung und politischer Sklerose. Gespannt darf man auf den Ausgang der Zwischenwahlen vom November dieses Jahres sein.

Russlands Ambitionen

Die gigantische und glanzvoll ausgetragene Fussballweltmeisterschaft in Russland hat in diesem Sommer die Weltöffentlichkeit von Russlands wahrem innen-



Hauptverantwortlich für den Wandel in Richtung «neue Weltunordnung» sind die USA und ihr Präsident Donald Trump.

politischen Zustand und seinen aussenpolitischen Ambitionen abgelenkt. Die WM hat auch darüber hinweggetäuscht, dass das Land wirtschaftlich gesehen eigentlich sehr schwach ist und nichts zu bieten hat.

Putins Bestrebungen, mit allen Mitteln das durch den Zerfall der Sowjetunion verlorene Terrain zurückzugewinnen und wieder auf Augenhöhe mit den USA zu gelangen, setzen sich fort. Zum einen modernisiert Russland rasch seine Streitkräfte weiter, so dass das Land über sehr moderne Waffen verfügt. Auch versucht Putin nach wie vor, mit der Destabilisierung der Ukraine Europa unter Druck zu setzen – mit dem Ziel, das europäische Engagement in Osteuropa, also im ehemaligen Einflussgebiet Moskaus, einzudämmen. Neustes Spielfeld Russland ist das Asowsche Meer, wo die ukrainischen Schiffe schikaniert und der Seeverkehr dorthin beeinträchtigt wird.

Nach wie vor bedroht Russland indirekt die offene Flanke Europas im Nordosten, im Baltikum, das zwischen dem russischen Kaliningrad und Weissrussland nur mit einem schmalen Landstreifen an das übrige Nato-Gebiet grenzt. Mittlerweile fühlen sich auch Schweden und Finnland durch Moskaus Machenschaften bedroht, so dass diese beiden Staaten ihre Verteidigungsfähigkeiten wieder ausbauen.

Der Vollständigkeit halber muss hier noch erwähnt werden, dass sich im Bereich des Nordpols neue Konflikte um Bodenschätze und Schifffahrtsrouten abzeichnen. Routen, die wegen der Klimaerwärmung erreichbar oder längere Zeit befahrbar werden. Auch hier scheint Moskau die Nase vorne zu haben.

Uneiniges und schwaches Europa

Europa – und vor allem die EU – hat den beiden Herausforderungen (Trump und Putin) nur sehr wenig entgegenzusetzen. Die EU ist aus verschiede-

nen Gründen tief gespalten zwischen Ost und West und hat mit internen Problemen genug zu tun (zum Beispiel dem Brexit). Die hohe Verschuldung vieler Staaten schmälert den Handlungsspielraum der meisten Länder, während das stärkste Land Europas, Deutschland, mit seinem traditionellen Sparfimmel und der angeschlagenen Kanzlerin Angela Merkel innenpolitisch so geschwächt ist, dass es keine Leaderrolle übernehmen kann oder will, dafür aber den Euro-Raum in Bedrängnis bringt (hohe Exportüberschüsse, wenig Inlandnachfrage wegen zu tiefen Löhnen). Frankreichs Präsident Emmanuel Macron würde diese Rolle zweifellos gerne ausüben, hat aber auch keine finanziellen Ressourcen dafür und steht zudem innenpolitisch unter Druck, da er die längst fälligen Reformen gegen den erbitterten Widerstand der ultrakonservativen Gewerkschaften durchboxen muss.

Derweil haben in fast allen Staaten Osteuropas populistische Parteien und Politiker das Sagen. Sie profitieren von der EU-skeptischen Stimmung in ihren Ländern. Viele Menschen fühlen sich durch die EU und vor allem durch die europäische Flüchtlingspolitik, die man pauschal den Deutschen mit ihrer Willkommenskultur anlastet, in ihrer Identität bedroht – nachdem sie den gleichmacherischen Kommunismus endlich überwunden haben. Dass just jene Kreise, welche sich mit EU-feindlichen Parolen an die Macht bringen, schamlos von der EU profitierten, ist ein anderes Kapitel: Die EU-Milliarden, die bisher in diese Länder geflossen waren, haben zwar Einiges an Modernisierung und Infrastrukturbauten bewirkt, dabei aber auch der Korruption Tür und Tor geöffnet.

Atomabkommen mit Teheran

Donald Trump hat das Atomabkommen, das die USA unter Barack Obama zusammen mit der EU, Russland und China mit dem Iran abgeschlossen hatten, einseitig aufgekündigt. Damit hat er eine alte Drohung, mit der Begründung, niemand könne eine Aufrüs-

tung Teherans mit Nuklearwaffen verhindern, wahrgemacht. Diese Ansicht ist zweifellos nicht falsch, denn Teheran spielt mit falschen Karten und baut sein Raketenprogramm weiter aus. Nur schwächt dieser Ausstieg Washingtons Teheran nicht wirklich, zumindest geopolitisch nicht. Vorderhand geht der Iran sogar gestärkt daraus hervor, denn er kann jetzt an die verunsicherten Europäer, welche am Abkommen festhalten wollen, immer mehr Forderungen stellen, um die Folgen der wiedereingeführten Sanktionen abzufedern. Und die Europäer bekunden grosse Mühe, nicht nachzugeben, auch wenn ihnen die Mullahs nicht geheuer sind. Dazu kommt, dass Trumps Aktion vor allem die Reformen in Teheran schädigt (Rohani).

Anders sieht es aber im Innern Irans aus: Der Wegfall der Sanktionen nach Abschluss des Abkommens hatte sich noch kaum positiv auf das Leben der Menschen im Iran ausgewirkt – und schon kommt die neue Sanktionswelle, die vor allem wieder Folgen für die einfachen Menschen haben wird. Dass das so ist, hängt einerseits mit der grassierenden Korruption der frommen Mullahs zusammen, andererseits auch mit den horrenden Kosten, die Teherans militärisches Abenteuer, also das Ausgreifen in den Westen in Richtung Mittelmeerküste verursacht. Ein Aufruhr in zahllosen Provinzstädten über den Jahreswechsel 2017/18 und der Generalstreik im Teheraner Basar vom Sommer waren die Folge davon. Zu den Ursachen von Protestbewegungen zählt auch der zunehmende Wassermangel im Iran, der verschiedene Ursachen hat: eine alte und defekte Infrastruktur sowie übrissene Autarkiepläne der Mullahs im Ernährungsbereich (was sehr viel Bewässerung braucht!).

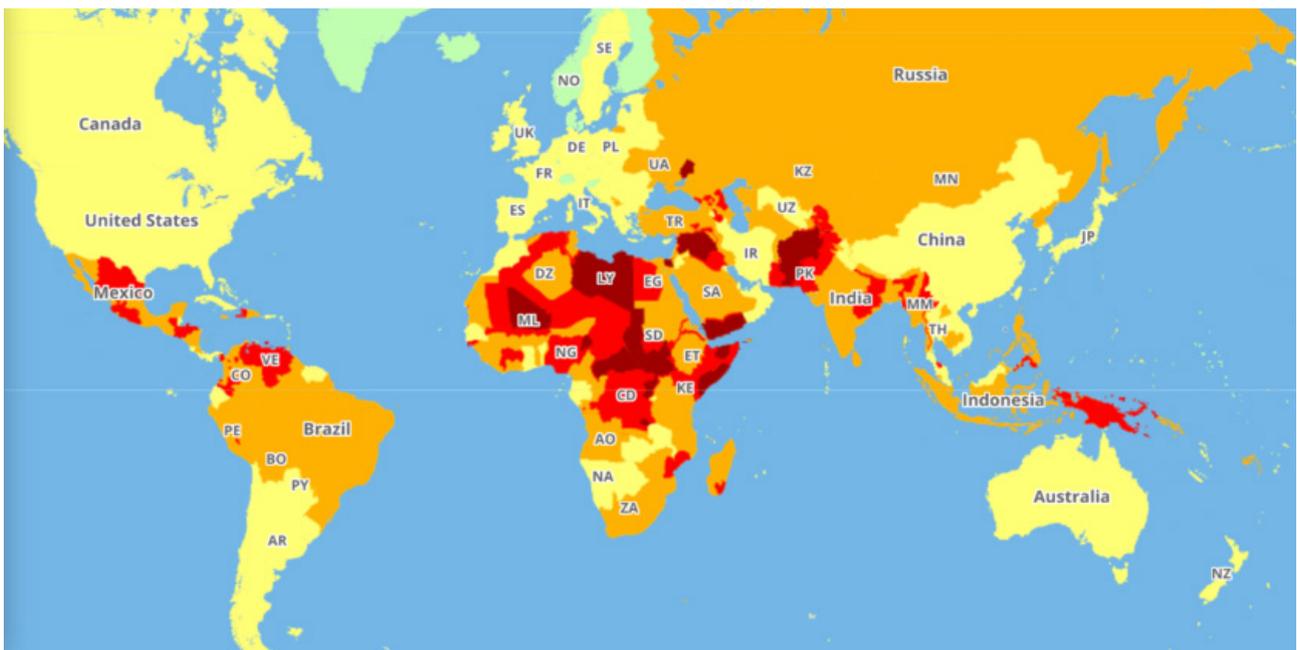
Iran ritzt an Israels Roter Linie

Im Zuge ihrer langjährigen und umfangreichen Waf-

fen- und Militärhilfe für das Assad-Regime haben sich die Iraner in Syrien festgesetzt. Sie haben dort viele Stützpunkte aufgebaut, unterschiedliche schiitische Milizen installiert und ihren Verbündeten im Libanon, die schiitische Hisbollah, noch weiter ausgerüstet. Iran verfolgt das strategische Ziel, einen schiitischen Einflusskorridor von Iran über Syrien ans Mittelmeer zu schaffen. Die Iraner konnten in Syrien ihren Einfluss auch deshalb ausbauen, weil sie die Russen auf ihrer Seite wussten – so lange der Kampf den vielfältigen Gegnern Assads, vor allem auch dem IS, galt. Nun, da der IS stark zurückgedrängt ist und Russland sich daran macht, sich langsam aus dem syrischen Engagement zu lösen, sieht die Sache wieder etwas anders aus. Russland hat immer wieder deklariert, dass es allein die Syrer sein sollen, welche über die Zukunft ihres Landes zu entscheiden haben. Die iranischen Ambitionen passen nicht so recht dazu und versetzen Moskau in Verlegenheit und Sorge.

Doch eine andere starke Macht sieht sich durch den Aufmarsch Irans in Syrien aufs schwerste bedroht: Israel hat seine Roten Linien gegenüber Iran gezogen und gezeigt, dass es bereit ist, diese auch zu verteidigen. Der massive und verheerende Luftangriff auf rund 70 iranische Ziele in Syrien vom vergangenen Mai scheint offenbar die Iraner empfindlich getroffen zu haben. Dass Israel die Russen vorab informiert hatte, zeigt, dass Moskau wohl nichts dagegen hat, dass der Iran in die Schranken gewiesen wird. In diese Richtung deutet auch die Aufnahme von Kontakten Moskaus zu Saudiarabien, dem Erzfeind der Iraner. Dass Israel inoffizielle Beziehungen zu den Saudis pflegt, ist ein offenes Geheimnis; auch hat Riad Israel in der Zwischenzeit de facto anerkannt.

Die Ziele Israels, Russlands und Saudi-Arabiens scheinen sich zu decken, zumindest in den groben Zügen:



Die Analyse des Sicherheitsrisikos beruht auf den Faktoren Bedrohung, politische Gewalt, Terror, Aufstände, Krieg, soziale Unruhen und Kriminalität. Auf unserer Weltkarte ist das Risiko in den einzelnen Staaten in fünf Stufen unterteilt: extrem (dunkelrot), hoch (rot), mittel (orange), niedrig (gelb) und unerheblich (grün).



Der schiitische Iran und das sunnitische Saudiarabien sind die grossen Rivalen im Nahen Osten: ein gefährlicher Konflikt mit strategischer Dimension.

Syrien soll wieder von Assad kontrolliert werden, aber nur von Assad und keineswegs vom Iran oder von schiitischen Kräften. Russland möchte dabei seine Stützpunkte am Mittelmeer behalten, um den neu gewonnenen Einfluss im östlichen Mittelmeer abzusichern. Israel seinerseits könnte sich mit Assad alleine arrangieren, wie in den vergangenen 40 Jahren auch. Israel kann auch die Hisbollah in Libanon kontrollieren, wenn diese nicht direkt auf dem Landweg mit Iran verbunden sind und von diesem dauernd aufgerüstet werden. All dies passt auch den Golfstaaten gut ins Konzept, das ein Zurückdrängen Teherans an allen Fronten vorsieht.

Naher Osten bleibt Hotspot

Auch oder gerade mit diesen neuen und alten Frontstellungen bleibt der Nahe Osten der globale Hotspot schlechthin. Hier schneiden sich verschiedene grosse, regionale, ja globale sowie viele kleine Konfliktlinien, was die Lage so unübersichtlich macht. Sie haben den klassischen Nahostkonflikt zwischen Israel und den Arabern längst abgelöst, ohne dass dieser aber zu einem Ende gekommen wäre. Mit ihren spektakulären Aktionen an der Grenze zu Israel haben die Gaza-Herrscher, die Hamas, für kurze Zeit das Interesse der Weltöffentlichkeit wecken können, doch letztlich haben sie sich selber am meisten geschadet.

Die grossen Rivalen im Nahen Osten sind der schiitische Iran einerseits und das sunnitische Saudiarabien andererseits. Auf Seiten der Saudis stehen die anderen Golfstaaten (mit Ausnahme Katar und Omans), Jordanien und Ägypten, während die Iraner mit Assads Syrien, den libanesischen Hisbollah und der Hamas im Gazastreifen verbunden sind. Dieser Konflikt tobte sich im syrischen Bürgerkrieg aus, der indirekt noch in den Irak hinein wirkt. Von praktisch allen Seiten in die Zange genommen hat der Islamische Staat (IS) den Krieg um die Region verloren und kontrolliert nur noch unbedeutende Regionen, doch wirklich am Ende ist er nicht.

Eine Folge dieser Rivalität am Golf ist der zerstörerische Krieg in Jemen, welchen Saudiarabien und einige Golfstaaten dort führen, um den iranischen Einfluss

ezindämmen. War ursprünglich die iranische Hilfe kaum mehr als eine Vermutung der Saudis, so hat sich diese dann massiv verstärkt, so dass die Huthis immer wieder Raketen ins saudische Kernland schiessen können. Beunruhigend ist hier die Möglichkeit, dass die Huthis die Einfahrt ins Rote Meer stören könnten. Fest steht, dass niemand den Krieg gewinnen kann, aber das Land dabei völlig zerstört wird und die Bewohner ins Elend gestürzt werden.

Die Türkei driftet aus dem westlichen Lager weg

Zu den Verschiebungen der sicherheitspolitischen Gewichte gehört das Abdriften der Türkei aus dem westlichen Bündnissystem. Erdogan hat in den vergangenen zwei Jahren seine Machtstellung massiv ausgebaut, die Verfassung auf ihn zugeschnitten und die unfairen Wahlen in diesem Sommer gewonnen. Er hat auch den ganzen Beamten- und Justizapparat, aber auch die Streitkräfte gründlich von möglichen Gegnern und Kritikern gesäubert, so dass ihm eigentlich nichts mehr daran hindert, das Land in Richtung eines autoritären islamisch orientierten Staates umzubauen, wobei ihm das 1918 untergegangene Osmanische Reich als Vorbild zu dienen scheint.

Dies alles bedeutet eine Abkehr von Europa. Die Türkei ist auch aktiv in den syrischen Bürgerkrieg verwickelt. Das alte Ziel, Assad zu stürzen, hat Erdogan stillschweigend aufgegeben, stattdessen hat er die dortigen **Kurden**, die sich auch ein eigenes staatliches Gebilde geschaffen haben, ins Visier genommen. Einen Teil der syrisch-kurdischen Gebiete (Afrin) hat die Türkei unter ihre Kontrolle gebracht. Probleme bereitet der Türkei allerdings die Wirtschaft, die unter der Politik Erdogans leidet, aber auch unter der Abwendung des Westens, welche sich in den Investitionen und im Tourismus negativ bemerkbar macht.

Die Kurden wieder einmal als Verlierer

Die Kurden scheinen in ihrer langen und traurigen Geschichte einmal mehr unter die Räder der Gross- und Regionalmächte zu geraten. Da sich Trump eigentlich am liebsten aus dem Nahen Osten zurückziehen möchte (in Fortsetzung seines Vorgängers Obama, der sich nicht wirklich für die Region interessierte und sehr viele Positionen freiwillig aufgab), hat er kein grosses Interesse, die treuesten Verbündeten der USA, welche die Hauptlast im Kampf gegen den Islamischen Staat geführt hatten, gegen das noch Nato-Mitglied Türkei zu unterstützen. Nach wie vor sind amerikanische Streitkräfte im Osten Syriens stationiert, so dass Erdogan noch nicht voll gegen die syrischen Kurden losschlagen konnte.

Erstaunlich ruhig ist es allerdings in Irakisch-Kurdistan geblieben. Vor einem Jahr führte die Regierung der autonomen Region Kurdistan im Norden Iraks ein Referendum über die Gründung eines neuen kurdischen Nationalstaates durch. Erwartungsgemäss stimmte ein grosser Teil der Urnengänger diesem Ansinnen zu. Dieses Ja hat die Befürchtung geweckt, die Kurden

hätten damit die Büchse der Pandora geöffnet und alle Nachbarstaaten – und natürlich auch den Kernstaat Irak – gegen sich aufgebracht. Viel passiert ist aber in der Zwischenzeit nicht. Vielleicht wollen diese Staaten mit einer Reaktion zuwarten, bis sich das Problem mit dem Islamischen Staat gelöst haben wird.

Chinas Vordrängen in Asien und im Pazifik

Chinas Ambitionen, zum Hegemon in Südostasien und Westpazifik und damit auch zu einer Weltmacht zu werden, haben sich in den vergangenen Jahren stark akzentuiert. Immer grössere Anstrengungen unternimmt die Weltwirtschaftsmacht Nummer 2 im Südchinesischen Meer, das sie als «ihr» Meer betrachtet, sowie im Westpazifik. Das wiederum weckt Ängste bei den Nachbarn Taiwan, Japan, Korea, Indien, den Philippinen, Malaysia und Vietnam – und in den USA. Zu den grossen Anstrengungen Chinas, auf allen Feldern Weltmacht Nummer 1 zu werden, ist die neue Seidenstrasse zu nennen, welche China mit Zentralasien, dem Mittleren Osten und mit dem indischen Ozean verbinden wird. Weiter interessiert sich China vor allem für die Produktionsländer von Rohstoffen, Erdöl und Lebensmitteln, namentlich in Asien, vor allem aber in Afrika und zunehmend auch in Lateinamerika.

In der Innenpolitik Chinas lässt sich eine grosse Machtkonzentration in den Händen von **Xi Jinping** und eine Abkehr von jeglicher Demokratisierung feststellen. Für uns im Westen erschreckend ist auch der Aufbau eines digital gesteuerten Systems zur flächendeckenden Kontrolle der Menschen – und ihres Verhaltens! Da es diesbezüglich keine rechtlichen oder moralischen Grenzen gibt, sind chinesische Firmen führend in der Entwicklung der Überwachungstechnologie mit all ihren Möglichkeiten.

Es fällt auch weiterhin auf, dass sich die Chinesen als Weltmacht verstehen, nirgends aber Verantwortung übernehmen, wo es darum geht, Konflikte zu lösen oder die Folgen von Katastrophen zu mildern. Dafür sind sie schnell mit Händlern und Investitionen zur Stelle, um in einer Region nach dem Ende eines Konfliktes Fuss zu fassen.

Chinas grösster Widersacher ist neben den USA das aufstrebende Indien. Das bevölkerungsreiche Land Südasiens versucht sich – wie China vor zwei Jahrzehnten – in einer wirtschaftlichen Aufholjagd, aber weniger erfolgreich als sein Rivale. Indiens Rüstungsanstrengungen sind primär gegen Erzfeind Pakistan gerichtet sowie gegen China. Auch Indien ist an sicheren Seeverbindungen interessiert, aber auch an der Entwicklung in Afghanistan – als Gegengewicht zu Pakistan, das in seiner Instabilität fast wieder stabil ist.

In Afghanistan haben die USA und die Nato ihr langjähriges und kostspieliges Engagement abgebaut und immer mehr Kompetenzen und Aufgaben der afghanischen Regierung übergeben, die sich aber als äusserst

Reichlich naives Bild von China

«Die China-Panik» oder «Untauglicher Heimatschutz für Schweizer Firmen». Diese Schlagzeilen in Schweizer Medien zeigen die erschreckende Naivität auf, mit welcher Wirtschaftsvertreter und Wirtschaftsjournalisten sowie offizielle Stellen des Bundes der vielschichtigen und weitsichtig geplanten chinesischen wirtschaftlichen Expansion begegnen. Publiziert wurden diese Artikel im Zusammenhang mit der Kritik an den chinesischen Firmenzukäufen in Europa. Der Kauf und Verkauf von Unternehmen gehöre zur Globalisierung und zu einer liberalen Weltwirtschaftsordnung – und werde von westlichen Unternehmungen ja auch praktiziert. So lautet der Tenor.

Die Relativierer der chinesischen Expansion realisieren nicht, dass die Chinesen langfristig denken: Wohl benutzen sie die uns bekannten Spielkarten der auf liberalen Werten beruhenden Globalisierung, spielen aber damit ein ganz anderes Spiel, bei dem es um weit mehr geht, als um Firmenzukäufe oder Gewinnung von neuen Märkten. Es geht den Chinesen um eine langfristig angelegte und umfassende Strategie der Kontrolle und letztlich auch der politischen Einflussnahme, denn der zutiefst illiberale Staat und die so genannte chinesische Privatwirtschaft sind viel enger miteinander verbandelt, als wir das uns vorstellen. Auch was Freihandel und Protektionismus betrifft, spielen die Chinesen kein sauberes Spiel. Viele Schweizer Unternehmer beklagen sich unter vorgehaltener Hand über die grossen Schwierigkeiten, mit denen sie im Umgang mit dem Reich der Mitte zu tun haben, zum Beispiel bei der Einfuhr von Produkten nach China. Das offizielle Bern beschwichtigt hingegen nur.

korrupt und weitgehend unfähig erweist. Die Sicherheitslage hat sich stark verschlechtert, die USA bauen ihre Truppenpräsenz langsam wieder auf, denn die Taliban erstarken immer mehr. Eine bedeutende Rolle spielt in Afghanistan der Drogenhandel. Und auch von hier aus machen sich immer mehr Menschen Richtung Europa auf.

Trump über den Tisch gezogen?

Zu den spektakulärsten Ereignissen der vergangenen Monate gehörte zweifellos das Zusammentreffen von US-Präsident Donald Trump mit Nordkoreas Diktator Kim Jong-un in Singapur. Diesem Treffen war ein verbaler Schlagabtausch vorausgegangen, der das Prädikat lächerlich erhalten müsste, wenn dessen Hintergrund nicht so brandgefährlich wäre. Noch ist es zu früh, die Auswirkungen dieses Treffens zu werten, doch eines zeichnet sich ab: Dass Trump hier viel zu voreilig von Erfolg gesprochen hat.

Das Treffen der beiden Exzentriker in Singapur hat



China ist seit Jahren der grösste Investor und Handelspartner Afrikas. Unser Bild zeigt einen chinesischen Arbeiter an einer Eisenbahnlinie, die Dschibuti und Addis Abeba verbinden soll.

auch wieder gezeigt, dass Nordkoreas Machthaber brillante Pokerspieler und Bluffer sind, die ihre schlechten Karten sehr gut spielen können: Was sie tatsächlich als Trümpfe in der Hand haben, weiss ausserhalb des innersten Führungszirkels von Pjöngjang niemand wirklich. Niemand kennt das wirkliche Bedrohungspotenzial von Nordkoreas Raketen- und Atomwaffen. Daneben hat das bitterarme Land nichts vorzuweisen, auch seine gigantischen Streitkräfte sind veraltet.

Etwas Neues und viel Altes in Afrika

Aus Afrika ist eigentlich nur eine einzige wirklich erfreuliche Entwicklung zu melden, nämlich die überraschende und rasant erfolgte Aussöhnung zwischen den Erzfeinden **Äthiopien** und **Eritrea**. Der neue äthiopische Ministerpräsident Abiy Ahmed hat nicht nur unerwartet viele Reformen eingeleitet und politische Häftlinge freigelassen, sondern er ist auch auf den eritreischen Machthaber Isayas Afewerki zugegangen und hat ihm Frieden angeboten. Von 1998 bis 2000 hatten beide Staaten einen blutigen Krieg geführt, der mit einem Waffenstillstand endete. Der latente Kriegszustand diente dem eritreischen Regime dazu, das ganze Land unter Mobilmachungszustand mit obligatorischem Nationaldienst zu halten, was einer der Hauptgründe für die Flucht von zahllosen Eritreern nach Europa bildet. Afewerki hat in der Zwischenzeit das Angebot des äthiopischen Ministerpräsidenten angenommen. Was das für die innenpolitische Lage und die Flüchtlinge in Übersee (und auch in der Schweiz) heisst, ist noch unklar.

Daneben hat sich in Afrika jedoch nicht viel verändert. Misswirtschaft, Korruption, Armut und Bevölkerungsexplosion sind geblieben. Der Kontinent «der ewigen Zukunft» ist nach wie vor ein Fass ohne Boden für die weltweiten Entwicklungsanstrengungen. Die Sahelzone ist weiterhin ein praktisch rechtsfreier Raum, in dem sich Banditen, Menschenhändler, Islamisten und Tuareg-Rebellen tummeln und jede Sicherheit verunmöglichen, sowie am Drogenhandel

und Menschenmuggel Geld verdienen, um sich damit Waffen und Einfluss zu kaufen.

Und China weitet seinen Einfluss in Afrika immer weiter aus. Systematisch werden Verträge mit den afrikanischen Regierungen abgeschlossen. Peking investiert viel in die afrikanische Infrastruktur, sichert sich aber im Gegenzug die Rechte zur Rohstoffgewinnung und Absatzmärkte für ihre Industrieprodukte. China hält mit dieser Politik viele afrikanische Staaten unter direkter und indirekter Kontrolle. Die Afrikaner realisieren erst langsam ihre Abhängigkeit von China.

Gewaltinseln in Lateinamerika

In der westlichen Hemisphäre gibt es kaum nennenswerte kriegerische Konflikte, geschweige denn grössere bewaffnete Auseinandersetzungen, doch die Gewalt und die Gewaltbereitschaft sind vielerorts geblieben. Sie geht heute vor allem von Banditen oder Drogenbanden aus, welche sich gegenseitig bekämpfen oder Politiker und Beamte bedrohen, die sich ihnen nicht fügen wollen. Besonders schlimm ist es in Mexiko, San Salvador und Honduras. Vor allem in Mexiko werden ganze Landstriche von der Drogenmafia kontrolliert, während in anderen Staaten Banditen oder bewaffnete Banden im Auftrag von Grossgrundbesitzern oder Miningesellschaften ihr Unwesen treiben, indem sie Kleinbauern vertreiben oder Menschenrechtsaktivisten umbringen.

Verheerend am Drogenhandel ist der Umstand, dass das viele Geld, das damit «verdient» und in Umlauf gebracht wird, ganze Gesellschaftsschichten, vor allem aber die Führungsebenen vieler Staaten, infiziert und korrumpiert hat. So bedrohen sie, wie in Mexiko, die Grundfesten der ohnehin nicht stabilen Staaten.

Eine ganz besondere Art von Gewalt herrscht in Venezuela und Nicaragua, wo die Menschen durch die Politik ihrer linken oder ultralinken diktatorischen Regierungen ins Elend gestürzt wurden und sich dagegen zu wehren beginnen – mit ungewissem Ausgang.

Umweltschutz und Sozialstandards

Dass es um das Weltklima nicht gut bestellt ist, müsste spätestens im Hitze- und Dürresommer 2018 allen klar geworden sein. Der Umweltschutz hat schwere Rückschläge erlitten, dies vor allem aus folgenden Gründen:

Zum einen sind die USA als grösster Umwelt- und Ressourcenverschwender aus dem Klimaabkommen ausgestiegen (der Klimawandel wird von den offiziellen USA nach wie vor in Abrede gestellt). Zum anderen sind es, still und von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, die überall angestrebten **Freihandelsabkommen**, welche die Bemühungen des globalen Umweltschutzes zu torpedieren drohen.

Dazu gehören zum Beispiel die grossen Konzerne, welche vor allem in Südostasien Primärwald abholzen und in Palmölplantagen verwandeln. Dazu gehören auch die Viehbarone und Fleischproduzenten Brasiliens, die das gleiche mit dem Amazonaswald machen. Und mit den von den Europäern – und auch von der Schweiz – angestrebten Freihandelsverträgen bekommen diese Umweltzerstörer eine potente Waffe in die Hand. Um den Europäern und Schweizern den Zugang zu ihren Märkten zu ermöglichen, verlangen sie im Gegenzug den freien Zugang zu unseren Märkten, um unter anderem Palmöl und Fleisch abzusetzen. Die Einfuhr dieser Billigprodukte machen die inländischen Anstrengungen in Sachen gesunder und ökologischer Ernährung zunichte. Dasselbe gilt auch für soziale Standards.

In diesem Zusammenhang erstaunt es deshalb sehr, dass unsere Wirtschaftsverbände skeptisch gegenüber einen Einbezug von Umwelt- und Sozialstandards in die Freihandelsverträge eingestellt sind – und sich gleichzeitig auch mit einer erweiterten Deklarationspflicht für Produkte aus diesen Staaten schwertun.

Und die Umweltschäden im grossen Stil sind zusammen mit der Klimaveränderung und den regionalen Konflikten die Haupttreiber der weltweiten Migration, die langfristig auch vor den europäischen Küsten und Grenzzäunen nicht Halt machen wird.

Und was bitte hat das alles mit der Schweiz zu tun?

Eigentlich wenig bis gar nichts... – oder doch?

Das jedenfalls ist nach wie vor die Meinung einer Mehrheit der Bevölkerung und wahrscheinlich auch der Politikerinnen und Politiker. So lange alles irgendwo weit weg von uns stattfindet, gleichsam hinter dem Fernsehbildschirm, ist und bleibt Sicherheitspolitik in Volk und Politik nur ein marginales Thema. Auch das Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung von Sicherheit sowie die Vorbereitung auf eine mögliche Verschlechterung der Lage grosse Investitionen brauchen, ist bei vielen Menschen nicht vorhanden, so dass viele Bürgerinnen und Bürger nach wie vor die Meinung vertreten, auch die Militärdienstpflicht sei so überflüssig wie die Modernisierung unserer Verteidigungsmittel.

Ob sich diese Einstellung – eine Folge der «Friedensdividende» nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und dem voreiligen Kaputtsparen unserer Armee – wirklich ändern könnte oder schon etwas geändert hat, wird man sehen, wenn es um die Abstimmung über die Modernisierung der Schweizerischen Luftverteidigung (Air2030) geht. Vorerst aber müssen sich die Befürworter einig werden, denn nur dann hat dieser Planungsbeschluss des Bundes die Chance, das Referendum, das unweigerlich kommen wird, zu überstehen. Hier besteht Handlungsbedarf, und hier setzt sich auch das Lilienberg Unternehmerforum seit geraumer Zeit mit allen Kräften ein.

Unterstützen Sie Lilienberg – Werden Sie Lilienberg Mitglied!

Als Lilienberg Mitglied profitieren Sie von zahlreichen Vorteilen. Sie können zwischen drei Mitgliedschaften wählen:

- **Freund (Jahresbeitrag CHF 500.–)**
- **Förderer (Jahresbeitrag CHF 2000.–)**
- **Firmen-Fördermitgliedschaft (Jahresbeitrag CHF 5000.–)**

Detaillierte Informationen zu den Mitgliedschaften und den entsprechenden Leistungspaketen finden Sie auf unserer Internetseite www.lilienberg.ch

Gerne gibt Ihnen Frau Rositha Noebel unter **Telefon +41 71 663 26 53** auch persönlich Auskunft.

Herausgeberin

Lilienberg Unternehmerforum
Blauortstrasse 10
CH-8272 Ermatingen
Telefon +41 71 663 23 23
info@lilienberg.ch
www.lilienberg.ch

Text

Christoph Vollenweider,
Leiter Programm und Publikationen

Lektorat/Layout/Bildauswahl

Stefan Bachofen

Druck

Christian Walker, Ferag AG